

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

30 (19.4.1947)

WINSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 30

Samstag, 19. April 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Opposition lehnt Verfassung ab

Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten gegen die CSV-Reaktion

Freiburg, 16. April (UT-Ber.). In der im Plenum der Beratenden Landesversammlung heute vorgenommenen Gesamtstimmung nach der ersten Lesung des Verfassungsentwurfes, wurde dieser mit den Stimmen der Abgeordneten der CSV gegen alle Stimmen der Abgeordneten der drei anderen Parteien angenommen.

Vor der Abstimmung lehnte Abg. Martaloff (SP) im Namen seiner Fraktion den Verfassungsentwurf ab und betonte nochmals die Einstellung seiner Partei gegen die geplante Einführung eines Ständerates und gegen die vorgeschlagene dultische Gemeinschaftsschule. Auch Abg. Vortisch (DP) begründete die Ablehnung durch die Demokratische Partei mit der Stellung gegen Ständerat und den geplanten Schultypus.

Für die kommunistische Fraktion gab Abg. Erwin Eckert nachstehende Erklärung ab: Die Kommunistische Partei hat durch einen Gegenentwurf zur Verfassung, durch die intensive Beteiligung der Mitglieder ihrer Fraktion im Rechtsausschuß und im Plenum der Beratenden Landesversammlung ihren Willen zum Ausdruck gebracht, an der Schaffung einer neuen demokratischen Verfassung mitzuarbeiten.

Der Verlauf der Aussprache und das Ergebnis der Abstimmungen haben gezeigt, daß die bürgerliche Mehrheit der Beratenden Landesversammlung nicht bereit ist, die nach unserer Meinung wichtigsten Voraussetzungen zu einer eindeutigen Volksherrschaft und Überwindung der gegenwärtigen Not in der Verfassung zu verankern. So hat die Mehrheit die von den Arbeiterparteien vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer systemati-

vorgelegten Verfassungsentwurf ab. Sie wird alle fortschrittlichen Kreise unseres Volkes, die eine gesicherte Demokratie und eine neue wirtschaftliche Ordnung zur Überwindung der gegenwärtigen Not verlangen, auffordern, bei der Volksabstimmung ihre Stimme gegen den Verfassungsentwurf abzugeben.

Erwin Eckert, Wilhelm Büche, Käthe Seifried, Jakob Treffelsen,

Rechtsfakultät zur Verfassung

Freiburg. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität hat der Beratenden Landesversammlung eine Eingabe zugeleitet,

in der sie, wie das „Badener Tagblatt“ vom 16. April meldet, eindeutig dagegen Stellung nimmt, in der heutigen Notzeit dem Land Südbaden eine Verfassung zu geben. Es besteht ein Widerspruch zwischen der Gewährleistung von Grundrechten und dem Bekenntnis zum Rechtsstaatsgedanken einerseits und der unvermeidlichen Durchbrechung dieser rechtsstaatlichen Garantien durch das Besatzungsrecht und die Verhältnisse unserer Zeit. Eine unter solchen Bedingungen zustand kommende Verfassung würde einen von der Wirklichkeit weit entfernten Zustand vortäuschen, den Rechtsstaatsgedanken diskreditieren und die auf dem Papier stehenden Grundrechte zum Gespött machen.

Staatsgerichtshof - Ständerat - Schule

Freiburg. In der Aussprache über die Schaffung eines Staatsgerichtshofs bezeichnete es Abg. Eckert (KPD) als undenkbar, daß dieser aus fünf Juristen zusammengesetzt sein soll, welche darüber zu entscheiden hätten, ob vom Parlament angenommene Gesetze verfassungsmäßig sind oder nicht. Dieses Staatsorgan würde sogar über einem Volksentscheid stehen. Die Machtbefugnisse eines Staatsgerichtshofs seien unvereinbar mit der Souveränität des Volkes. Ein Antrag der sozialistischen Fraktion sieht vor, daß der Staatsgerichtshof aus fünf vom Landtag zu Beginn der Wahlperiode zu wählenden Mitgliedern gebildet werden soll. Der Antrag wurde angenommen. Abgeordneter Nordmann (SP) wendete sich gegen den vorgesehenen Ständerat als einer überlebten Einrichtung. Gegen die Oppositionsparteien wurde die Beibehaltung des Artikels 25a über den Ständerat beschlossen. Die Arbeiterklasse wäre in diesem mit höchstens 8 Mitgliedern von 30 Vertretern. Der Verfassungsentwurf über die Rechtspflege löste eine lebhafteste Debatte aus. Abgeordneter Eckert (KPD) betonte, daß die Richter nach den Rechtsbeugnungen der letzten 12 Jahre wieder das Vertrauen des Volkes erringen müßten. Er verlangte den Einbau des Laienrichtertums in die Rechtspflege und die Kontrolle des Landtags

über die Rechtsprechung durch demokratische Wahl der Mitglieder des obersten Landgerichts. Abg. Dr. Haas (SP) trat für die Beibehaltung der Berufsrichter unter Hinzuziehung von Laienrichtern bei der Straf- und Arbeitsgerichtsbarkeit ein. Die Richterwahl lehnte er ab. Zu Artikel 60 des Verfassungsentwurfes wünscht die CSV einen Zusatz, wonach ein Wahlvorschlag für den Landtag nur dann von einer politischen Partei eingebracht werden kann, wenn sie mindestens 30 000 wahlberechtigte Befürworter verfügt. Die kommunistische Fraktion verlangte die Streichung des ganzen Artikels IX über die Parteien. Abg. Eckert (KPD) warf der CSV demokratisch verhüllte Diktatur vor. Abg. Vortisch (Dem.) nannte diesen Passus eine Sterilisation des politischen Lebens. Zum Verhältnis von Staat und Kirche sprach Abg. Geller (SP). Er betonte, daß er als Christ das Eingreifen der Kirche in das politische Leben entschieden ablehnt. Diese handelten sich um Artikel 86, Änderungsanträge der kommunistischen, der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktionen infolge der majorisierenden Stellung der CSV ablehnt. Diese wendeten sich um Artikel 86, welcher anstelle von Simultanschulen die Einführung „christlicher Gemeinschaftsschulen“ in Südbaden vorsieht.

Treffen der Widerstandsbewegung

Weimar. (UT-Ber.). Zu einer eindrucksvollen Kundgebung wurde der zweite Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald. Mehrere hundert ehemalige Insassen dieses Lagers trafen sich unter Teilnahme von Delegierten aus Polen, Holland, Dänemark, Jugoslawien, Italien und der Tschechoslowakei. Innenminister Busse und Oberbürgermeister Hempel brachten zum Ausdruck, daß es nach den in Thüringen vollzogenen radikalen Reformen nicht mehr möglich sei, daß sich dort die Gräueltat der Vernichtungslager wiederholen könnten. Für die ausländischen Delegierten sprachen je ein Vertreter des Westens (aus Holland) und des Ostens (aus Polen) und erklärten, daß die antifaschistische Solidarität der Lagerinsassen aller Nationen und besonders die der deutschen Freiheitskämpfer, die Grundlage schaffen würde, daß in Deutschland, wenn es einmal vollständig von ihrem

Geist beseelt wäre, nie mehr die Möglichkeit eintrete, daß Millionen wehrloser Menschen systematisch ausgerottet werden könnten. Eine öffentliche Arbeitstagung der ehemaligen Angehörigen der Widerstandsorganisation Buchenwald nahm Stellung zu dem in Dachau stattfindenden Prozeß gegen die Verantwortlichen der ehemaligen Kommandantur. Eine Reihe von Maßnahmen zur stärkeren Herausstellung des deutschen Freiheitskampfes auch dem Ausland gegenüber wurde beschlossen.

Einer der Delegierten hatte auf dem Wege nach Weimar in einem Dorf zwei frühere Angehörige der SS-Wachmannschaft wieder erkannt, die unter lebhafter Bewegung der Versammelten im Verlauf der Tagung vorgeführt wurden. Im Anschluß an eine lebhafteste Diskussion, die die Zurücksetzung und Verfolgung der Opfer des Naziterrors im Westen Deutschlands zum Gegenstand hatte, sandte die Versammlung ein Telegramm an das amerikanische Militärgericht in Dachau. Die Tagung wandte sich gegen die Begrenzung der Anklage auf Verbrechen gegen Nichtdeutsche und forderte Anklage vor einem deutschen Gericht. Es sollen von thüringischen Justizministern die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ermordung deutscher Antifaschisten aufzuklären und zu sühnen, wobei der Fall Thälmann besonders hervorgehoben wurde.

Wie der Verlauf der Tagung zeigte, sind die ehemaligen illegalen Freiheitskämpfer in Deutschland entschlossen, wie einstmals in ihrer gemeinsamen Notzeit, die Parteischnaken zu überwinden, um den Kampf für die Wiederherstellung der Ehre Deutschlands mit allen Kräften durchzuführen zu können. Mit besonderer Genugtuung wurde von den anwesenden Vertretern der Ostzone hervorgehoben, daß nach Beseitigung der belasteten Spezialkräfte vor allem auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet beachtliche Aufbauarbeit geleistet wurde.

Berlin (Südena). Eine zentrale Buchenwald-Kommission mit dem Sitz in Berlin, der unter anderem die Minister Robert Siebert und Ernst Busse sowie der Dichter Ernst Wichert und Dr. Eugen Kogon angehören, wurde auf der Arbeitstagung des Buchenwaldtreffens in Weimar gegründet.

Schluß mit den Nazi-Briefmarken

Berlin. Das Kontrollratsgesetz Nr. 48 schreibt vor, daß sämtliche ungestempelten Briefmarkenbestände aus der Nazizeit bei den Postanstalten innerhalb kurz bemessenen Fristen zu vernichten sind. Der Erwerb, Kauf und Verkauf, der Tausch, sowie die Zurschaustellung dieser Nazibriefmarken ist ebenfalls untersagt.

Frankreich entläßt 370 000 Kriegsgefangene

Paris (Südena). Der Generaldirektor der Abteilung für Arbeit und Arbeitskräfte im französischen Arbeitsministerium gab bekannt, daß von den 630 000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich im Januar 1946 in Frankreich befanden, noch in diesem Jahr 370 000 und der Rest in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden.

Die Planung und durchgreifenden Demokratisierung unserer Wirtschaft und zur Vorbereitung einer Gemeinwirtschaft abgelehnt.

Die CSV-Fraktion lehnte es mit ihrer absoluten Mehrheit ab, die bewährte badische Simultanschule auch weiterhin als Norm des staatlichen Schulwesens eindeutig zu bestätigen. Sie hat durch die Forderung und Festlegung einer „christlichen Gemeinschaftsschule“ die Gefahr einer Konfessionalisierung des Schulwesens heraufbeschworen.

Die Mehrheit der Beratenden Landesversammlung hat durch die Schaffung eines Ständerates, durch den Einbau eines Staatsgerichtshofs, durch die Aufrechterhaltung der Dreiteilung der Gewalten und des Berufsbeamtenums, die Herrschaft des Volkes so eingegrenzt, daß die Verfassung Südbadens nicht als Fundament einer wirklichen Demokratie angesehen werden kann.

Die Mehrheit der Beratenden Landesversammlung hat es außerdem abgelehnt, unbillig verständlich zum Ausdruck zu bringen, daß Südbaden ein Teil der deutschen demokratischen Republik ist und damit dem von uns abgelehnten Partikularismus Vorschub geleistet.

Aus diesen Gründen lehnt die kommunistische Fraktion den der Beratenden Landesversammlung

Zweiter Kongreß des FDGB

Berlin (Südena). Der zweite Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowjetischen Zone wurde am Donnerstag in Anwesenheit von Vertretern der Besatzungsmächte, der Parteien und der Berliner Zentralverwaltungen, des Frauenbundes, der VVN und FDJ durch den ersten Bundesvorsitzenden Hans Jendretzky in der Staatsoper Berlin eröffnet. An dem Kongreß, der sich über drei Tage erstrecken wird, nehmen 1100 Delegierte und 54 Zentralvorsitze der Industriegewerkschaften und der Gewerkschaften der sowjetischen Zone, 60 Gastdelegierte des FDGB Großberlins und Gastdelegierte aus den Westzonen teil. Ferner ist auf Einladung des Bundes-

vorstandes eine Delegation des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften erschienen, deren Anwesenheit Jendretzky in seiner Begrüßungsansprache ein Zeichen internationaler Solidarität nannte. Die sowjetische Delegation wurde auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden einstimmig in das Präsidium des Kongresses gewählt. In seiner Ansprache erklärte der erste Bundesvorsitzende, daß die Tagung der FDGB-Delegierten der Sicherung des Aufbaues der Gewerkschaften in ganz Deutschland und der Vertiefung der gewerkschaftlichen Arbeit diene.

Interzonenkongreß des graphischen Gewerbes

Neustadt Haardt. In Neustadt begann der erste Kongreß des graphischen Gewerbes, zu dem aus allen vier Zonen Vertreter entsandt waren. Auch aus der russischen Zone war eine stattliche Abordnung erschienen.

Jüdische Forderungen an die UN

New York (Südena). Ein Sprecher der „Jewish Agency“ forderte, daß die UN-Vollversammlung auf ihrer Sondersitzung am 28. April eine Zwischenentscheidung zur „Ermöglichung einer jüdischen Einwanderung nach Palästina unter Zurechtlegung der gegenwärtigen Bedürfnisse“ treffen solle. Er fügte hinzu, die Vollversammlung solle „schnell und bestimmt“ handeln, da weitere Verzögerungen in der Regelung der Palästinafrage „eine Katastrophe für die Juden, die seit Kriegsende auf eine Befreiung und Wiederansiedlung warteten, bedeuten würde“.

Bezirksparteitag in Mannheim

Samstag, 19. April 10 Uhr beginnt in Mannheim der Bezirksparteitag der KPD Baden im Volkshaus Neckarau. Tagesordnung: Erich Gniffke (SED): Die politische Lage und die Verschmelzung der SED mit der KPD, W. Boepfle: Politischer Bericht von der Landesbezirksleitung, Jakob Ritter: Organisationsbericht der Landesbezirksleitung. Außerdem spricht Willi Grimm.

In Großkundgebungen der KPD spricht Gniffke in Heidelberg (Werderplatz), in Karlsruhe (Markthalle) und in Pforzheim (Turnhalle Brötzingen).

Anläßlich des Parteitagess findet im Nationaltheater Mannheim eine Aufführung „Der Morgen“ statt, und im Saaltheater Waldhof spielt das politische Kabarett „Das Brennglas“.

Die Kommunisten kämpfen und kämpfen mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes „Volk“. Sie verlangen, daß man mit diesem Wort nicht das Nichtverstehen der Klasse gegenüber Innerhalb des Volkes bemäntelt. Sie beharren unbedingt auf der Notwendigkeit der vollen Klassenständigkeit der Partei des Proletariats. Sie teilen aber das „Volk“ nicht deshalb in „Klassen“, damit sich die fortgeschrittenste Klasse abkapselt, sich auf ein enges Maß begrenze und ihre Aktivität durch die Erwägung lähme, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt etwa abschwenken könnten — sondern, damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der Halbheit, Unbeständigkeit und Unentschlossenheit der Zwischenklassen, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpfe! Lenin (1905)

Demokratie in Gefahr

Dr. B. In Baden und Württemberg (französische Zone) haben alle drei demokratischen Parteien die Verfassungsentwürfe der christlichen Partei abgelehnt. Die Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten sind in den Beratenden Landesversammlungen sowohl in Tübingen wie jetzt auch in Freiburg zur offenen Opposition gezwungen worden. Die drei Parteien werden nun in einer zweifelhafte heftig geführten Wahlkampagne gegen den reaktionären Kurs der vierten Partei Stellung nehmen und bei der Abstimmung über die Verfassung den Wählern ein „nein“ empfehlen.

Kein politisch denkender Mensch wird sich im Zweifel sein, wie ernst damit die Lage ist und was nun für die weitere politische Entwicklung in unserem Südwesten auf dem Spiel steht. Gelingt es dem badischen und württembergischen Volk am 18. Mai nicht mit Mehrheit einen fortschrittlicheren Landtag zu wählen und damit die rücksichtslose Herrschaft der Christlichen zu brechen und zugleich ihre reaktionären Verfassungspläne zu Fall zu bringen, dann wird es mit der weiteren politischen Entwicklung schlecht bestellt sein. Die junge Demokratie ist in Gefahr!

In den vergangenen Monaten hatten die vier zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Parteien die Gelegenheit, die große politische Chance einer Demokratie zu nutzen, welche dem deutschen Volke durch die Potsdamer Beschlüsse empfohlen war. Es galt ein völlig neues politisches Fundament unter Wegräumung der Trümmer der Nazidiktatur zu schaffen, damit ein gesichertes Neudeutschland des Fortschritts aufgebaut werden kann. In der Ostzone ist in vorbildlicher Blockpolitik aller zugelassenen Parteien diese Möglichkeit weitgehend genutzt worden mit geradezu erstaunlichen Ergebnissen. In Südbaden und Südwürttemberg jedoch ist diese geschichtliche Bewährung zur völligen Absage an die schlechte Vergangenheit mißglückt. Hier haben CSV und CDU ihre „augenblickliche Mehrheit“ — welche ihnen durch die unpolitische erste Wahl im Oktober 1946 unverdient in den Schoß gefallen war — in völliger Verkenntnis der gegenwärtigen Aufgabe zu einer Parteidiktatur benutzt, deren schlechte Resultate wir in vielen Gemeinden und Kreisversammlungen, im gesamten Wirtschaftsleben und jetzt auch in den beiden Landesversammlungen feststellen können. Insbesondere verkörpern die Verfassungsentwürfe reaktionäre Pläne, die einer wirklichen Demokratie Hohn sprechen. Eine schlechte Quittung für das Vorschußvertrauen der 265 000 CSV- und 240 000 CDU-Wähler vom Oktober, welche dieses rückschrittliche Parteiprogramm damals nicht gekannt haben und auf die Phrase „Christlicher Sozialismus“ hereingefallen sind. Die Demokraten lehnen vor allem den Ständerat und den geplanten Schultypus ab, die Sozialdemokraten die mangelnden Sozialisierungsbestimmungen und die stümperhafte Bodenreform, die Kommunistische Partei überdies den Einbau eines Staatsgerichtshofes, die Dreiteilung der Gewalten, die Beamtenhierarchie und den ganzen rückschrittlichen und partikularistischen Geist der Verfassung, die als Grundlage einer realen Demokratie absolut unmöglich ist. Alle drei Parteien haben die notwendige Konsequenz gezogen, trotz der unverhüllten Drohung der CSV, daß sie sich bei der zweiten Lesung überlegen müsse, „ob, wenn sie schon die alleinige Verantwortung für die neue Verfassung tragen soll, nicht noch in letzter Stunde gewisse Korrekturen vornehme, die bisher lediglich des politischen Friedens wegen unterblieben“. Sind das Töne guter christlich-sozialer Gesinnung, oder ist das nackter politischer Terror? So sieht also die „Demokratie“ aus, welcher wir bei der CSV Schritt auf Schritt begegnen.

Daß die Kommunistische Partei ehrlich und verantwortlich am demokratischen Aufbau mitgearbeitet hat, davon wird sich jedermann überzeugen, der die programmatischen Erklärungen des Abgeordneten Eckert studiert, die wir heute zum Ausdruck bringen. Hinter diesen Worten steht ein leidenschaftlicher Wille, echte Demokratie zu verwirklichen, weil nur eine Volksherrschaft uns aus der wirtschaftlichen und politischen Katastrophe herausbringen kann. Dabei geht es nicht um kleine und kleinliche Fragen eines Südbadens allein, sondern wir stellen das politische Probleme als ein gesamtdeutsches, das großzügig als solches gelöst werden muß und dessen Ausstrahlungen dann auch alle Länder von Grund auf neugestalten werden.

Wir wissen, daß manche Wähler heute bedauern, daß er nicht bereits bei der letzten Wahl genug politisches Verständnis gehabt hat, um kommunistisch abzustimmen. Was es für innere und äußere Hemmungen dabei gab, ist uns bekannt, denn die infame Kommunistenhetze der Nazizeit ist längst noch nicht abgeklungen. Aber die Schwierigkeiten und die Not, die die nächsten Monate bringen, werden noch manchen überzeugen, daß nur eine radikale Wendung

der Politik und ein völliger Neubeginn unser Schicksal meistern wird. Allerdings gehört dazu auch persönlicher Mut, sowohl zum Bekenntnis als zur Tat.

Wir sind gewiß, daß das Echo der Vorgänge bei der Verfassungsberatung im ganzen Land für die CSV äußerst ungünstig ist. Wir haben in der letzten Nummer anlässlich der Streichung des Artikels 69a, wonach kein badischer Staatsbürger mehr zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden sollte, die indifferenten Massen zur Wachsamkeit aufgerufen. Das war nur eine kleine, fast nebensächliche Frage ohne entscheidende politische Bedeutung. Trotzdem hat gerade diese Nachricht — die allerdings jede Familie persönlich trifft — wie ein Alarmschub gewirkt. Die ausgefüllten Probeabstimmungsblätter mit erregten Begleitschreiben zeigen, daß des Volkes Wille plötzlich in erfreuliche Bewegung geraten ist. In der gesamten Verfassung gibt es nun Dutzende solcher volksfeindlichen Artikel größeren Ausmaßes, die das Volk im Empörungsturm ablehnen wird. Nicht nur Militärflicht, sondern konfessionelle Schulen, ein Staatsgerichtshof, Justizbevormundung, selbst ein Großherzogserbsatz (Staatspräsidenten) wollen die Christlichen dem badischen Volk wieder beschreiben. Das Maß ist übervoll. Am 18. Mai wird hoffentlich die Quittung für diese reaktionäre Politik deutlich vorgelegt werden.

Die Herren christlichen Abgeordneten wissen offenbar nicht, um was heute in Deutschland gespielt wird. Es geht um größere Dinge als nur um die Länder. Es geht um ganz Deutschland! Sehen wir nach Moskau. Bitterst ist die Lage, und welch schwerer Weg führt zu einem „Friedensvertrag mit Deutschland“ solange auch nur einer der Alliierten Mißtrauen in die deutsche Demokratie hat und noch Reste von Nazismus und Militarismus bei uns entdeckt. Tag um Tag verfolgen wir den kritischen Verlauf in unserem „Moskauer Notizbuch“, ohne mit Sensationen und Alarmnachrichten die Nerven unserer Leser aufzupeitschen. Genau so ruhig stellen wir fest, daß das, was in Freiburg und Tübingen an rückschrittlichem Geist vor aller Welt vorgeführt wird, keineswegs der Verbesserung unserer Lage dient, sondern ganz gegenteilige Wirkung hat. Auch dieser Gesichtspunkt darf bei den Entscheidungen am 18. Mai nicht außer Acht gelassen werden. Denn nicht nur Untergrundorganisation und Bismarckentente bewirken neues Mißtrauen.

Zum Schluß noch eine Frage, die uns besonders am Herzen liegt: die Einheit der beiden Arbeiterparteien. Wir haben die Aktivität der Reaktion stets als den Hauptgrund für den Zusammenschluß betrachtet. In den Landesversammlungen sehen wir jetzt am praktischen Beispiel, wie Sozialdemokraten und Kommunisten in die Einheitsfront zur Abwehr reaktionärer Politik gedrängt worden sind. Sollte daraus nicht auch bei den Mitgliedern der SP der elementare Wille zur sozialistischen Einheitspartei erneut und verstärkt lebendig werden? Das wäre eine nützliche Folge der Geschehnisse und würde die Kraft der Sozialisten zur Überwindung der Not und zur Neugestaltung Deutschlands unbesiegt machen.

Neuer Präsident des Rastatter Gerichts
Rastatt. Am 16. April fand in Gegenwart des französischen Oberbefehlshabers, General Koenig, und des Administrateurs, General Laffon, die Einsetzung des neuen Präsidenten des Tribunal Général, Lemaix, statt. Generalstaatsanwalt Granier gab einen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Gerichts, das gerade vor einem Jahr gegründet worden ist, und erwähnte, daß inzwischen 281 Personen abgeurteilt worden sind, von denen 42 zum Tode verurteilt wurden. Diese hohe Zahl sei nicht verwunderlich, da es sich fast ausschließlich um Kriegsverbrecher gehandelt habe.

Masaryk gegen das Kriegsgerede
Prag (Südena). Der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk erklärte hier laut Ceteka, trotzdem die politische Weltlage nicht zu rosig und die Berichte von der Moskauer Konferenz nicht zu ermutigend seien, dürfe man nicht in den Fehler verfallen, als einzigen Ausweg aus dieser Lage einen neuen Krieg zu sehen. Ein zukünftiger Krieg werde ein Atomkrieg sein und am Ende dieses Krieges werde es keinen Sieger geben. Trotz der zeitweiligen Mißverständnisse sei es notwendig, daran zu glauben und darauf zu hoffen, daß es keine neue militärische Auseinandersetzung gebe.

Berliner Oberbürgermeister tritt zurück
Berlin (Südena). Der Berliner Oberbürgermeister, Dr. Ostrowski, gab im Berliner Magistrat seinen Entschluß, zurückzutreten, bekannt. Dr. Ostrowski faßte diesen Entschluß im Anschluß an eine Besprechung, die er in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag mit dem Vorsitzenden der Berliner Sozialdemokraten hatte.

Kommissar bei den Landeszentralbanken
Baden-Baden. Auf Grund einer Verfügung des Administrateurs Général wurde Monsieur Michel Mitzakes zum „Commissaire du Gouvernement Militaire“ bei den Landeszentralbanken ernannt.

Milch - lebenslanglich
Nürnberg (Südena). Das amerikanische Militärgericht II verurteilte am Donnerstag vormittag den ehemaligen Generalfeldmarschall Erhard Milch zu lebenslanglichem Gefängnis.

Zur Probeabstimmung
für oder gegen die Militärflicht
können wir leider die Nachforderung auf Stimmzettel nicht befriedigen. Wer keinen gedruckten Zettel hat, kann einfach auf einer Postkarte oder einem Stück Papier seine Stimme abgeben.

Zeugen - aus der Haft vorgeführt

Nürnberger Zwischenspiel im Spruchkammerverfahren gegen Schacht

Nürnberg. (UT-Sonderbericht). In den Buchersälen in Nürnberg, im gleichen Räume, in dem die Spruchkammerverhandlung gegen Fritzsche durchgeführt worden ist, tagte während zweier Tage dieser Woche die Stuttgarter Spruchkammer, um in Fortführung des Verfahrens gegen Schacht eine Reihe von Zeugen, die sich in Nürnberg in alliiertem Gewahrsam befinden, zu vernehmen.

Als erster wurde der ehemalige Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk vorgeführt. Er bestätigte, daß das Reich die Garantie für die Einlösung der „Mefo-Wechsel“ übernommen habe. Auf Befragen gab Hitlers Finanzminister zu, daß die Mittel zur Einlösung dieser Garantie damals zwar keineswegs vorhanden gewesen seien; man habe aber die Überzeugung gehabt, in ein paar Jahren werde die Einlösung schon möglich sein! Seit 1934 etwa hätten regelmäßige Besprechungen zwischen ihm (Schwerin-Krosigk), Schacht und Blomberg (später Keitel) über Aufrüstungsfragen stattgefunden. In einer dieser Besprechungen (1938) habe Schacht stark bemängelt, daß für das viele angewendete Geld zu wenig an Aufrüstung geleistet werde.

Der frühere Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, R. Walter Darré, berichtete über „starke sachliche Differenzen“ zwischen ihm und Schacht. Zögernd gab Darré zu, der Grund dafür sei gewesen, daß Schacht zur Einführung von Lebensmittelbedürftigen Devisen verweigerte, um sie für Aufrüstungszwecke zu ersparen. Aus der Aussage des ehem. Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei, Lammers, erweckte die Bekundung Heiterkeit, daß Hitler einer Reihe von Ministern die Erlaubnis zum Abhören ausländischer Sender verweigert habe. Schacht, der zu den Betroffenen gehörte, habe sich über dieses Mißtrauen beschwert. Er, sowie die meisten anderen Minister, erhielten die Auslandsmeldungen in einer vom Propagandaministerium besorgten Fassung.

Rudolf Diels, der in den Jahren 1933-34 als besonderer Vertrauensmann Görings die Gewapo aufgebaut hat, wurde von den Klägern einer Befragung unterzogen, deren Zweck es offensichtlich war, die Glaubwürdigkeit des von der Verteidigung geladenen Zeugen Gisevius,

von dem sich Schacht wohl entlastende Aussagen erhofft, zu erschüttern. Diels machte über Gisevius stark belastende Bekundungen. Gisevius sei in den letzten Kriegsjahren in der Schweiz als deutscher Vizekonsul und Nachrichtensent tätig gewesen und habe sich als Denunziant betätigt. Er selbst (Diels) sei auf Grund einer von Gisevius erstatteten Anzeige nach seiner Rückkehr aus der Schweiz von der Gestapo verhaftet worden. Recht aufschlußreich waren auch Aussagen, die der frühere Reichsbank-Vizepräsident Emil Puhl über die Angelegenheit der Mefo-Wechsel machte. Die Mefo-Wechsel erschienen bezeichnenderweise im Reichsbankausweis nicht als „Mefo-Wechsel“, sondern unter der Gesamtrubrik „Wechsel“ versteckt. Sie dienten, nach Puhls Bekundung, einer „relativen Tarnung“ gegenüber dem breiten Publikum! Die Reichsbank habe damit zu Aufrüstungszwecken auf „Inflations-Methoden“ zurückgegriffen. Die beabsichtigte Vorführung Puhls unterblieb. Papen, der sich zur Zeit im Fürther Internierten-Lazarett befindet, war in der Nacht vorher von einem Herzanfall betroffen worden. Entgegen dem Widerspruch des öffentlichen Klägers Ballarin, der behauptete, von unrichtiger Seite sei dieser Herzanfall vorhergesagt worden, ordnete der Vorsitzende eine lediglich kommissarische Vernehmung Papens an.

Damit hatte das Nürnberger Intermezzo sein Ende gefunden. In der nächsten Woche soll die Verhandlung in Stuttgart fortgeführt werden.

H. A. F.

KZ-Kommandant als Fleischergelhilfe

Lübböcke (Südena). Der frühere Kommandant des Konzentrationslagers Papenburg, Karl Dubel, konnte durch Mitglieder der VVN in Lübböcke festgestellt und der Festnahme zugeführt werden. Dubel, der mehrere Morde verdinglicht wird, war in Lübböcke als entlassener Kriegsgefangener bei einem Fleischermeister als Gehilfe tätig. Die Landesleitung der VVN Nordrhein-Westfalen bittet alle ehemaligen Insassen des Konzentrationslagers Papenburg Angaben über Dubel an die Militärregierung Lübböcke, Telefon Nr. 49 zu richten.

Ein Lohnsteuer-Unrecht

Vor dem Zusammenbruch war zur Abdeckung von Werbungskosten und Sonderleistungen monatlich ein Pauschalbetrag von 39 Mark als steuerfreier Lohnanteil in die Tabellen eingearbeitet. Seit den neuen, vom Alliierten Kontrollrat aufgestellten Lohnsteuern besteht dieser Freibetrag nicht mehr, so daß die Lohnsteuer von dem gesamten Lohn ohne Abzug erhoben wird. Die Lohnsteuerpflichtigen sind hier gegenüber den Einkommensteuerpflichtigen, die sich selbst veranlagen, erheblich benachteiligt. Diese können solche Kosten von ihrem Einkommen absetzen.

Seit dem 1. Oktober 1946 haben die einzelnen Finanzministerien der Länder der amerikanischen und englischen Besatzungszone Anordnungen erlassen, wonach die Arbeitgeber vor Anwendung der Berechnung der Lohnsteuer einen Betrag von 39 Mark als steuerfrei abzusetzen haben. Bereits Anfang November 1946 hat der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften an das Badische Finanzministerium den Antrag auf eine gleiche Anordnung gestellt, wie sie in der amerikanischen und englischen Zone erlassen wurde. Als man einige Wochen später daran erinnerte, wurde durch ein Schreiben bekannt gegeben, daß diese Frage in Berlin für ganz Deutschland geregelt würde. Seitdem herrscht wieder Ruhe, und die Arbeitnehmer in Südbaden müssen weiter die 39 Mark monatlich versteuern, von denen ihre Kollegen in den Nachbarzonen bereits seit einem halben Jahr befreit sind. Nach Artikel XI Ziff. 2 des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 sind die abzugspflichtigen Beiträge zur Sozialversicherung als abzugsfähige Sonderausgabe vom Bruttolohn anerkannt und darum wäre es auch an der Zeit, daß durch eine Anordnung des Finanzministeriums dieses Unrecht rückwirkend beseitigt wird. Bereits bei der Einführung der neuen Steuerabzüge durch das Kontrollratsgesetz waren die Arbeitnehmer in Baden insofern benachteiligt, als die Anwendung der neuen erhöhten Steuern in der amerikanischen Zone erst ab 1. Juni, in der englischen erst ab 1. Juli erfolgte, dagegen bei uns schon ab 1. April 1946.

Mit Recht beklagen sich die Arbeitnehmer in unserer Zone über diese Schlechterstellung. Von allen Kreisen wird anerkannt, daß der Reallohn zu niedrig sei und zum Lebensunterhalt kaum noch ausreicht. Durch die rückwirkende Einführung des Pauschalbetrages würde bei allen Lohn-

steuerzahlenden eine Erhöhung des Netto-Einkommens eintreten, ohne daß eine Lohnerhöhung erfolgt. Deshalb hinweg mit der Lohnsteuer-Unberechtigung!

Karlsruher Betriebsräte zur Ernährungsfrage

Karlsruhe (Südena). Eine tagende Vollversammlung der Betriebsräte von Karlsruhe und Umgebung forderte in einer Resolution vom württembergisch-badischen Landtag und vom Länderrat sofortige energische Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Ernährungsfrage. Sollte bis spätestens Mittwoch vom Landtag keine Antwort auf die Forderung der Betriebsräte eingegangen sein, werde aus keinem Karlsruher Betrieb irgendwelche Fertigung herausgehen, heißt es in der Resolution.

Betriebsräte gegen Schlange-Schönigen

Hannover (Südena). Die Betriebsräte Hannover forderten hier am Mittwoch auf einer Versammlung in einer Entschliessung die Absetzung von Dr. Hans Schlange-Schönigen, die Auflösung des Reichsfinanzministeriums und die sofortige Bildung von Verbraucherausschüssen.

Streiks als Folge der Teuerung

Rom (Südena). Streiks und Kundgebungen gegen die teuren Lebenshaltungskosten folgen einander ohne Unterbrechung. So hat das städtische Personal der Stadt und der ganzen Provinz Bologna die Arbeit niedergelegt, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wegen Lohnforderungen streiken die Friseur Neapels, während sich in Rom die Angestellten weigerten ihrer Arbeit nachzugehen. Hunderte von Arbeitslosen veranstalteten in Rom Kundgebungen und forderten Einstellung in den städtischen technischen Dienst. Sie wurden auseinandergetrieben.

Bekanntnis zur SED

Wiesbaden. 14 sozialdemokratische Funktionäre haben ihren Austritt aus der SPD erklärt, da sie die Verwirklichung der Einheit des deutschen Arbeiterbewegung für notwendig halten.

Deutschland-Rundschau

EINE BOMBENEXPLOSION hat sich nach Aussagen zweier amerikanischer Soldaten am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen ereignet.
DEUTSCHE SLEELUTE sollen künftig auf schwedischen Schiffen beschäftigt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich mit der Arbeit deutscher Seeleute auf ausländischen Schiffen einverstanden erklärt.
ZUR UNTERSTÜTZUNG DER JUGEND hat das Münchener Jugendparlament eine „Mädchenjugendhilfe“ geschaffen, die mit freiwilligen Geldspenden und den Einnahmen aus Veranstaltungen finanziert wird.
EIN INTERNATIONALE FRAUENKONGRESS soll Ende Mai in Bad Boll stattfinden.
EIN EXEKUTIVRAT ALLEK STUDIERENDEN in der sowjetischen Besatzungszone wurde auf der ersten Zonensitzung der Studentenräte aller Universitäten und Hochschulen der Ostzone in Halle gebildet.
NUR TAUSEND GRAMM BROT werden in der vierten Aprilwoche die Normalverbraucher in Niedersachsen (britische Zone) erhalten.
DIE LEITER DER UNTERGRUNDBEWEGUNG, die kürzlich aufgedeckt wurde, wurden vor dem Obersten Militärgericht in München abgeurteilt. Wiczonko erhielt 12 Jahre, Dittler und Schiefner 12 Jahre und Barthel 10 Jahre Zuchthaus. Sie hatten alle hohe Klänge in der SA bekleidet.
ZUM STUDIUM DER BODENREFORM entsendet der Landtag von Schleswig-Holstein eine Kommission in die sowjetische Besatzungszone.
ZUM TODE DURCH DEN STRANG wurden vom braunschweigischen Militärgericht drei ehemalige Gestapo-Agenten aus Hannover verurteilt, die überführt wurden, an der Ermordung von 14 alliierten Staatsangehörigen beteiligt gewesen zu sein.

Welt-Chronik

TEXAS CITY. Eine von einem Großbrand gefolgte Explosion hat einen Großteil der Stadt zerstört, die geräumt wurde. Bis jetzt wurden 207 Toteopfer gezählt.
BRATISLAWA. Der Präsident der slowakischen Marionettregierung Tiso ist zum Tode verurteilt worden.
WASHINGTON. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat dem Truman-Plan für Griechenland zugestimmt.
PARIS. Die Delegation des Viet Nam in Paris hat der Presse ein Schreiben übergeben, in welchem ihre Regierung um einen gerechten und den demokratischen Grundätzen entsprechenden Frieden zum Nutzen beider Völker ersucht.
SANTIAGO DE CHILE. Die neue chilenische Regierung wurde aus Angehörigen der demokratischen und der radikalen Partei gebildet.
NANKING. Der bisherige Gouverneur von Szechuan General Schang Schung, der dem liberalen Flügel der Partei Tschiang Kai Scheks angehört, soll, wurden von diesem zum chinesischen Ministerpräsidenten ernannt.
LAKE SUCCESS. Die UdSSR hat vorgeschlagen, den schwedischen sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten Branding zum Gouverneur von Triest zu ernennen.
ROM. Außenminister Graf Strozzi wurde von vor der Entlassung stehenden städtischen Arbeitern nach einer Kundgebung überfallen und erst nach einem Demonstrationsszug zum Parlament und Ministerpräsidium wieder freigelassen.
WASHINGTON. Nach Mitteilung des Arbeitsministeriums haben die USA-Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.
WARSAU. Der frühere Kommandant des KZ Auschwitz Rudolf Hoeser ist durch den Strang hingerichtet worden.
BUDAPEST. Im Prozeß der ungarischen Verschwörer wurden die Generale Veres und Andras, sowie der ehemalige Horthy-Abgeordnete Donath zum Tode verurteilt.

Moskauer Notizbuch

14. April. Die heutige Sitzung war der Frage eines Paktes zwischen den vier Großmächten gewidmet. Dieser wurde von General Marshall vorgeschlagen und sollte die gegenseitige Verpflichtung enthalten, daß diese Mächte in dem Falle einer Verletzung der Bestimmungen über Entmilitarisierung und Entmilitarisierung von deutscher Seite sowie im Falle eines deutschen Angriffes sich gegenseitig militärische Hilfe gewähren würden. Er sollte auf 25 Jahre abgeschlossen werden und 15 Jahre verlängert werden. Während Großbritannien Marshalls Vorschlag annahm, stellte Bidault die Bedingung, daß im Zusammenhang mit dem Viererpakt auch die Frage eines Sonderregimes für Ruhr und Rheinland geregelt werden müsse. Molotow seinerseits forderte, daß der Viererpakt sämtliche Fragen der Entmilitarisierung, der Kartellauflösung und der Demokratisierung in Deutschland, sowie die Viererkontrolle über die Ruhr regeln müsse.

15. April. Im weiteren Verlauf der Diskussion über den Viererpakt hat Molotow einen Vertrag nach Art des von den Amerikanern vorgeschlagenen abgelehnt. Der Vorschlag der USA hatte zahlreiche, nach Ansicht der Sowjetunion wichtige Fragen, wie die der Auflösung der Kartelle, mit Stillschweigen übergegangen. In der weiteren Sitzung war von dem Bericht der Sachverständigen-Kommission für die Kohlenfrage die Rede. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Bidault die französischen Forderungen auf Einbeziehung der Saar in die französische Wirtschaft. Der amerikanische Außenminister Marshall hatte eine anderthalbstündige Unterredung mit Ministerpräsident Stalin. Ueber den Inhalt der Besprechung ist nichts bekannt.

16. April. Molotow machte heute konkrete Vorschläge zur Frage der deutschen Kohlenproduktion, die zur Zeit nur 33 Prozent der Vorkriegsleistung erreicht. Sie müsse erhöht werden, von der Erhöhung 20-25 Prozent für die Ausfuhr, die Hälfte davon auf Reparationskonto abgezweigt. Der Alliierte Kontrollrat müsse einen Produktionsplan aufstellen und unter seiner Aufsicht eine Sonderkontrolle über das Ruhrgebiet einführen. Zu dieser Arbeit seien die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften, die antifaschistischen Organisationen und die Fachverbände zuzuziehen. Da jedoch Bevin sich all diesen Vorschlägen widersetzt, konnte kein Ergebnis erzielt werden. Der weitere Verlauf der Sitzung diente dem Wortlaut des österreichischen Staatsvertrages. Es wurde beschlossen, daß dieser nur von den vier Großen unterzeichnet werden soll. Molotow erklärte sich einverstanden, den Vertrag noch im Verlaufe der Moskauer Konferenz fertigzustellen und unterzeichnen zu lassen. (nach Südena)

Die Kehler Frage. Wir tragen nach, daß Bidault an der Konferenz für Frankreich Anspruch auf den Kehler Hafen als Ergänzung für Straßburg erhob. Auch diese Forderung wurde von Molotow mit Stillschweigen übergegangen.

48 spanische Gewerkschafter verhaftet

Madrid (Südena). In der spanischen Hauptstadt wird offiziell verlautbart, daß Inspektoren der „Brigade Politico Social“ in Madrid in Zusammenarbeit mit verschiedenen Dienststellen der Polizei eine große Geheimorganisation der spanischen nationalen Arbeitergewerkschaft aufgedeckt haben. 48 der einflussreichsten Mitglieder dieser Organisation wurden verhaftet.

Für die spanische Republik

Brüssel (Südena). Die Unterstützung eines republikanischen Spaniens und die Beendigung des Franco-Regimes durch eine unparteiische Zurateziehung der spanischen Bevölkerung werden in einem Telegramm gefordert, das dem Sekretariat der Vereinten Nationen durch den belgischen Parlamentarischen Ausschuss zur Unterstützung eines republikanischen Spaniens übermittelt wurde.

Der griechische Bürgerkrieg

Athen (Südena). Der Zentralausschuß der EAM veröffentlichte anlässlich der Osterfeier eine Kommunikation. Darin wurde festgestellt, daß die Regierung die wiederholten Vorschläge der EAM zur Beendigung der griechischen Krise ohne weiteres Blutvergießen zurückgewiesen habe. In der gleichen Verlautbarung wird die Regierung beschuldigt, gerade die Karwoche zum Beginn ihrer Offensive gewählt zu haben. Schließlich wird die „blinde und völlige Unterwerfung der Regierung den ausländischen imperialistischen Zielen gegenüber“ angeprangert. Zum Abschluß betont die EAM, daß sie ihre Politik der Versöhnung, der Freiheit und der Gleichheit für alle nicht aufgeben will.

KZ-Opfer noch immer in Belsen

Belsen (Südena). Zehntausend jüdische Verschleppte des Verschlepptenlagers Belsen richteten am Dienstag einen Appell an die Vereinten Nationen und Großbritannien, sie von dieser „Szene jüdischer Leiden“ zu entfernen und ihre Emigration nach Palästina zu gestatten. Die Verschleppten appellierten anlässlich des zweiten Jahrestages der Befreiung des KZ Belsen durch die britischen Truppen bei einer Feier, der auch hohe Offiziere der britischen Kontrollkommission und der UNRRA beiwohnten.

Baden-Baden. Amstift wird mitgeteilt: Das Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne hat in einer 32 Seiten umfassenden Broschüre den vollständigen Bericht über den Prozeß Tillysen in französischer, englischer und deutscher Sprache veröffentlicht. Diese Broschüre ist bei der Administration du Journal Officiel, Bäderstraße 1, Baden-Baden, zum Preise von 40 Ffr. das Stück erhältlich. Zahlung bei Bestellung. Briefmarken werden nicht angenommen. Alleinverkäufer dieser Broschüre für die amerikanische Zone ist die Firma Julius Richard Hempel, Brunnenstraße 20-24, Heidelberg.

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Baden und Württemberg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (1701) Offenburg Metzgerstr. 1. Tel. 1374, Telegramm Adresse: Neuzug Offenburg. Verlag: Südwest-Verlag, G. m. b. H. (1701) Offenburg, Hauptstr. 111. Postfach 161. Fernruf 1207. — Erscheint Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einschließlich Trägerlohn bei Postbezug zuzüglich Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reil & Co., Offenburg.

Lenin: Die große Initiative

Lenins Geheimnis für seinen gewaltigen Erfolg ist nicht nur das klare politische Denken und Handeln, mit dem er die russische November-Revolution 1917 vorbereitete und zum Siege geführt hat. Ausschlaggebend ist auch seine stete enge Verbundenheit mit der Masse des Volkes, seine nie ermüdende Aufmerksamkeit und Hilfe für ihre Sorgen und Nöte. Während er mit weltgeschichtlichen Geschehnissen beschäftigt war, vernachlässigte Lenin auch nicht das geringste Geschehnis im Leben des Volkes.

An ein praktisches Beispiel, aus unzähligen die bekannt sind, erinnert heute noch eine kleine Flugschrift, die er im Juni 1919 mitten im schwersten Kampf gegen die Invasion der imperialistischen Mächte um die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften „Über das Heldentum der Arbeiter“ geschrieben hat. Der Anlaß war ein scheinbar kleines Ereignis. Auf der Alexanderbahn hatten sich am 10. Mai 1919 in Moskau, 98 Eisenbahngewerkschafter, Kommunisten und Sympathisierende in einer Versammlung entschlossen in fünf Ueberstunden am freien Samstag-Nachmittag unentgeltlich dringende Arbeiten auszuführen und dabei Ausserordentliches geleistet. Der Vorgang blieb in der Presse und Öffentlichkeit ziemlich unbeachtet. Lenin aber erkannte, daß hier ein entscheidender Beginn, die Wendung zu einer großen Selbstinitiative der Arbeiterklasse beim wirtschaftlichen Aufbau, noch mitten im revolutionären Kampf geschehen sei. Er analysierte das Geschehnis, rief zur Nachahmung auf und leitete damit die Bewegung der berühmten „Subbotniks“ (Samstage) ein, der selbstlosen freiwilligen Arbeit für den sozialistischen Aufbau.

Aus diesem Schriftchen, das ein Dokument des erfolgreichen russischen Weges zum Sozialismus ist, können wir infolge unseres Raummangetes leider nur einige Teilstücke zum Abdruck bringen.

Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung — und erst recht der werktätigen Bevölkerung — in jedem kapitalistischen Lande, hat den Druck des Kapitals, seine Räubereien, Verhöhnungen aller Art tauendfach am eigenen Leibe und an dem ihrer Angehörigen erfahren. Der imperialistische Krieg hat diese Prüfungen außerordentlich verschärft, erweitert, vertieft und die Menschen gezwungen, sich ihrer bewußt zu werden. Daher die unausbleibliche Sympathie der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der Masse der Werktätigen für das Proletariat, weil es mit heroischer Kühnheit, mit revolutionärer Rücksichtslosigkeit das Joch des Kapitals zerschmettert, die Ausbeuter stürzt, ihren Widerstand unterdrückt, mit seinem Blut den Weg zur Schaffung einer neuen Gesellschaft bahnt, in der es keinen Platz für Ausbeuter geben wird.

So groß, so unvermeidlich das kleinbürgerliche Wanken und Schwanken der nichtproletarischen und halbproletarischen Massen der werktätigen Bevölkerung zurück zur bürgerlichen „Ordnung“ unter die „Fittiche“ der Bourgeoisie auch sein mag, sie können nichtsdestoweniger doch nicht umhin, die moralisch-politische Autorität dem Proletariat zuzuerkennen, das nicht nur die Ausbeuter stürzt und ihren Widerstand unterdrückt, sondern auch eine neue, höhere, gesellschaftliche Verbindung, gesellschaftliche Disziplin herstellt: eine Disziplin bewußter und vereinigter arbeitender Menschen, die über sich kein Joch und keine Macht kennen außer der Macht ihrer eigenen Vereinigung, ihrer eigenen bewußteren, kühneren, geschlosseneren, revolutionäreren, standhafteren Avantgarde.

Um zu siegen, um den Sozialismus zu schaffen und zu festigen, muß das Proletariat eine doppelte oder zweifelhige Aufgabe lösen: erstens durch einen grenzenlosen Heroismus im

revolutionären Kampf gegen das Kapital die ganze Masse der Werktätigen und Ausbeuteten mitreißen, sie mit fortztreiben, sie organisieren, sie leiten, um die Bourgeoisie niederzuwerfen und jeden Widerstand ihrerseits vollständig zu unterdrücken; zweitens, die ganze Masse der Werktätigen und Ausbeuteten sowie alle kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg eines neuen wirtschaftlichen Aufbaus führen, auf den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Verbindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Organisation der Arbeit, die das letzte Wort der Wissenschaft und der kapitalistischen Technik mit dem Massenzusammenschluß zielbewußt arbeitender Menschen vereinigt, die die sozialistische Großproduktion schaffen.

Die zweite Aufgabe ist schwieriger als die erste, denn sie kann keinesfalls durch den Heroismus eines einzelnen Ansturms gelöst werden, sondern erfordert den andauernden, hartnäckigsten, schwierigsten Heroismus der alltäglichen Massenarbeit. Diese Aufgabe ist aber auch wesentlicher als die erste, denn in letzter Instanz kann die tiefste Kraftquelle für die Siege über die Bourgeoisie und die einzige Gewähr für die Dauerhaftigkeit und Unverrückbarkeit dieser Siege nur eine neue, höhere gesellschaftliche Produktionsweise, die Ersetzung der kapitalistischen und der kleinbürgerlichen Produktion durch die sozialistische Großproduktion sein.

Die „kommunistischen Subbotniks“ sind deshalb von gewaltiger historischer Bedeutung, weil sie uns die bewußte und freiwillige Initiative der Arbeiter bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, beim Übergang zu einer neuen Arbeitsdisziplin, bei der Schaffung sozialistischer Wirtschafts- und Lebensbedingungen zeigen. Sie sind ein Sieg über die eigene Trägheit und Zügellosigkeit, über den kleinbürgerlichen Egoismus, über diese Gewohnheiten, die der fluchbeladene Kapitalismus dem Arbeiter und Bauern als Erbe gelassen hat.

Der erste, von den Eisenbahnarbeitern der Moskau-Kasener Strecke in Moskau veranstaltete kommunistische Subbotnik ist von größter historischer Bedeutung als irgendein Sieg im imperialistischen Krieg von 1914—1918. Die Siege der Imperialisten bedeuten die Abschächtung von Millionen Arbeitern um der Profite der Milliardäre willen, sie sind Bestialitäten des untergehenden, überfressenen, bei lebendigem Leibe verfaulenden Kapitalismus. Der kommunistische Subbotnik ist eine der Keimzellen der neuen, sozialistischen Gesellschaft, die allen Völkern der Erde die Befreiung vom Joch des Kapitals und von den Kriegen bringt.

Ueberwindung des Hungers

Wir müssen sorgfältig die Keime des Neuen studieren, uns ihnen gegenüber mit der größten Aufmerksamkeit verhalten, mit allen Mitteln ihr Wachstum fördern und diese schwachen Keime „pflegen“. Die „kommunistischen Subbotniks“ sind deshalb so wichtig, weil sie von Arbeitern eingeleitet wurden, die sich durchaus nicht in besonders guten Verhältnissen befinden, von Arbeitern verschiedener Berufe, darunter auch von Arbeitern ohne Fachkenntnisse, von ungelerten Arbeitern, die in den üblichen, d. h. den aller-schwierigsten Verhältnissen leben. Wir kennen alle sehr gut die Hauptursache für das Sinken der Produktivität der Arbeit, das nicht in Rußland allein, sondern in der ganzen Welt zu beobachten ist: Ruin und Verendung, Erbitterung und Müdigkeit, verursacht durch den imperialistischen Krieg, Krankheiten und Unterernährung. Das zuletzt Erwähnte steht seiner Wichtigkeit nach an erster Stelle. Der Hunger — das ist die Ursache. Um aber den Hunger zu beseitigen, ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowohl in der Landwirtschaft, als auch im Verkehrswesen und in der Industrie notwendig. Es ergibt sich also eine Art fehlerhafter Kreis: um die

Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben.

Der Kommunismus beginnt dort, wo die selbstlose, die harte Arbeit überwindende Sorge der einfachen Arbeiter um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Pfunds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte aufkommt, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen „Nahestehenden“, sondern „Fernstehenden“, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, den Dutzenden und Hunderten Millionen von Menschen zugute kommen, die zunächst in einem sozialistischen Staat und später in einem Bund von Sowjetrepubliken vereinigt sind.

Sozialismus: Tat oder Phrase?

Karl Marx verspottet im „Kapital“ die Schwülstigkeit und das hochtrabende Wesen der bürgerlich-demokratischen großen „Charta der Freiheiten und Rechte des Menschen“, diese ganze Phrasendrescherei über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im allgemeinen, die die Spießherren und Philister aller Länder blendet. Diesen schwulstigen Deklarationen stellt Marx die einfache, bescheidene, sachliche, nüchterne proletarische Fragestellung gegenüber: die staatliche Verkürzung des Arbeitstages ist eines der typischen Beispiele einer solchen Fragestellung. Die ganze Treffsicherheit und die ganze Tiefe der Marx'schen Bemerkung offenbart sich uns um so klarer, um so offensichtlicher, je mehr sich der Inhalt der proletarischen Revolution entfaltet.

Nehmen wir die Lage der Frau. Keine einzige demokratische Partei der Welt hat in dieser Beziehung auch nur in einer einzigen der allerfortgeschrittensten bürgerlichen Republiken in Jahrzehnten auch nur den hundertsten Teil von dem geleistet, was wir gleich im ersten Jahr unserer Macht geleistet haben. Von den niederträchtigen Gesetzen über die Rechtsgleichheit der Frau, über die Einschränkungen bei der Ehescheidung, die widerlichen Formalitäten, an die sie geknüpft ist, über die Nichtanerkennung der außerehelichen Kinder, über die Nachforschungen nach ihren Vätern usw. — Gesetzen, deren Ueberreste in allen zivilisierten Ländern zur Schande der Bourgeoisie und des Kapitalismus so zahlreich sind, haben wir im wahren Sinne des Wortes nicht einen Stein auf dem anderen gelassen.

Schenken wir in der Praxis dieser Frage, die theoretisch für jeden Kommunisten unbestritten ist, genügend Aufmerksamkeit? Natürlich nicht. Behandeln wir genügend sorgfältig die Keime des Kommunismus, die schon jetzt auf diesem Gebiet vorhanden sind? Nein und noch-mals nein. Öffentliche Speiseanstalten, Krippen, Kindergärten — das sind Muster dieser Keime, das sind jene einfachen, alltäglichen Mittel, zu denen nichts Hochtrabendes, nichts Schwülstiges, nichts Feierliches gehört, die aber tatsächlich geeignet sind, ihre Ungleichheit gegenüber dem Manne in ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Produktion wie im öffentlichen Leben zu verringern und aus der Welt zu schaffen. Diese Mittel sind nicht neu, sie sind (wie überhaupt alle materiellen Voraussetzungen des Sozialismus) vom Großkapitalismus geschaffen worden, aber unter dem Kapitalismus blieben sie erstens eine Seltenheit, zweitens — was besonders wichtig ist — waren sie entweder kämmerliche Unternehmen, mit allen übelsten Seiten der Spekulation, der Bereicherung, des Schwindels, der Fälschung, oder aber „Akrobatentücken der bürgerlichen Wohltätigkeit“, die von den besten Arbeitern mit Recht gehäßt und verachtet wurden.

Kein Zweifel, daß sich diese Einrichtungen bei uns ungemein vermehrt haben und daß sie beginnen, ihren Charakter zu ändern. Kein Zweifel, daß unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen um ein vielfaches mehr organisatorische Talente vorhanden sind, als wir es wissen. Menschen, die eine praktische Sache in Gang zu bringen verstehen, mit Beteiligung einer großen Zahl von

Gedenktage der Woche

- 10. April 1871 Der Kommunist Leroux gefallen.
- 21. April 1488 Ulrich von Hutten gest.
- 22. April 1724 Philosoph Immanuel Kant geb. — 1804 Lenin in Simbirsk geb. — 1945 Käthe Kollwitz, Malerin, gest. — 1946 Die Parteitage der KPD und der SPD vollziehen in Berlin die Vereinigung der beiden Parteien zur neuen „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.
- 23. April 1616 William Shakespeare gest. — 1934 Franziska K. sel., Mainz, kommunistische Abgeordnete, im Gefängnis ermordet. — 1945 Dr. Johanna Maier, Pfarrer des Regensburger Münsters, von Nazis öffentlich gehängt.
- 24. April 1932 Rouget l'Isle komponiert die Marsellaise.
- 25. April 1945 Eröffnung der Weltgesundheitskonferenz in San Francisco. — 1945 Zusammenrücken der Truppen der Roten Armee mit anglo-amerikanischen Truppen in Torgau.

Mitwirkenden und einer noch größeren Zahl von Nutznießern, aber ohne jenen Ueberfluß an Phrasen, Getue, Zank und Geschwätz über Pläne, Systeme usw., woran die so übermäßig von sich eingenommene „Intelligenz“ oder die frischgebackenen „Kommunisten“ ständig „kranken“. Aber wir hegen nicht diese Keime des Neuen so, wie es nötig wäre.

Mustergültige Produktion, mustergültige kommunistische Subbotniks, mustergültige Fürsorge und Gewissenhaftigkeit bei der Beschaffung und Verteilung jedes Pfunds Getreide, mustergültige Speiseanstalten, mustergültige Sauberkeit dieses oder jenes Häuserblocks — alles das muß zehnmal mehr als jetzt Gegenstand der Aufmerksamkeit und der Fürsorge sein.

Man muß die Bedeutung der „kommunistischen Subbotniks“ gut durchdenken, um aus dieser großen Initiative alle sich daraus ergebenden praktischen Lehren, die von gewaltiger Wichtigkeit sind, zu ziehen. Der Gedanke wurde von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aufgegriffen. Ihrer werden bei uns etwa 4 Millionen gezählt. Sie sind in ihrer über-großen Mehrzahl für die proletarische Staatsmacht, für die Diktatur des Proletariats, 200 000 Mitglieder der Kommunistischen Partei und 4 Millionen — das ist das Wechselverhältnis der „Zahnräder“, wenn man sich so ausdrücken darf, und weiter folgen Dutzende von Millionen Bauern, die in drei Hauptgruppen zerfallen: die zahlreichste und dem Proletariat am nächsten stehende Gruppe, die Halbproletarier oder die Dorfarmut; dann die Mittelbauernschaft; schließlich die zahlenmäßig sehr kleine Gruppe der Kulaken oder die Dorfbourgeoisie.

So lange die Möglichkeit besteht, mit Getreide Handel zu treiben und auf den Hunger zu spekulieren, bleibt der Bauer halb Werk-tätiger, halb Spekulant. Als Spekulant steht er uns, steht er dem proletarischen Staat feindlich gegenüber, ist er gemein, mit der Bourgeoisie und ihren treuen Lakaien zu paktieren. Als Werk-tätiger ist jedoch der Bauer ein Freund des proletarischen Staates, der treueste Bundesgenosse des Arbeiters im Kampf gegen den Gutsherrn und gegen den Kapitalisten. Als Werk-tätiger unterstützt der Bauer durch seine gewaltige, nach vielen Millionen zählende Masse jene „Maschinerie“ des Staates, die von der proletarischen Avantgarde, den zweihunderttausend Kommunisten, geführt wird und aus Millionen organisierter Proletarier besteht.

Einen Staat, der im wahren Sinne des Wortes demokratischer, der mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen enger verbunden gewesen wäre, hat es auf der Welt noch nicht gegeben.

Gerade eine solche proletarische Arbeit, wie sie durch die „kommunistischen Subbotniks“ gekennzeichnet ist und durch sie in die Tat umgesetzt wird, bringt die endgültige Festigung der Achtung und Liebe der Bauernschaft zum proletarischen Staat mit sich. Eine solche Arbeit — und nur sie — bringt dem Bauern endgültige Ueberzeugung bei, daß wir recht haben, daß der Kommunismus recht hat, macht den Bauern zu unserem rückhaltlosen Anhänger; das aber heißt: sie führt zur völligen Ueberwindung der Ernährungsschwierigkeiten, zum völligen Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus in der Frage der Produktion und der Verteilung des Getreides, sie führt zur unbedingten Festigung des Kommunismus.

nötig ist, ebenso weise und bedachtsam seien, wie Lenin es war; daß sie ebenso wahrhaft und ehrlich seien, wie Lenin es war; daß sie ihr Volk ebenso lieben, wie Lenin es liebte.

Die Bourgeoisie wendet ihren Blick rückwärts, sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der mit der Gefahr einer Erstarkung des Proletariats droht. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber mit Hilfe des Demokratismus die ganze Welt gewinnen. Je konsequenter darum die bürgerliche Revolution in ihren bürgerlichen Umgestaltungen ist, desto weniger beschränkt sie sich auf das, was ausschließlich für die Bourgeoisie von Vorteil ist. Je konsequenter die bürgerliche Revolution ist, desto mehr Vorteile gewährt sie dem Proletariat und der Bauernschaft in der demokratischen Umwälzung.

Wer auf einem andern Weg zum Sozialismus kommen will außer auf dem des politischen Demokratismus, der gelangt unweigerlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen, als auch im politischen Sinn absurd und reaktionär sind.

Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924)

Wladimir Iljitsch Ulanow (Lenin) wurde am 22. April 1870 in der Stadt Simbirsk an der Wolga (heute Ulanowsk) geboren. Seine Eltern waren fortschrittliche und gebildete Menschen. Sie gehörten zu den Vertretern des besten Teiles der russischen Intellektuellen-schicht. Sie waren bestrebt, ihre Kinder zu ehrlichen, ihrem Volke ergebenen Menschen zu erziehen.

Lenin begann frühzeitig über das Leben nach-zudenken und sich für politische Fragen zu interessieren. Sein älterer Bruder Alexander übte auf ihn einen großen Einfluß aus. Als dieser 1885 aus Petersburg, wo er an der Universität studierte, auf Urlaub kam, brachte er revolutionäre Literatur mit. Damals machte Lenin seine erste Bekanntschaft mit dem „Kapital“ von Marx. Schon während seiner Schulzeit war Lenin revolutionär eingestellt. Nachdem er das Gymnasium mit der Auszeichnung der goldenen Medaille beendet hatte, begann er sein Studium an der juristischen Fakultät der Universität von Kasan. Hier nahm er Verbindung mit den Revolutionären auf und schloß sich einem der Geheimzirkel der Studenten an. Schon an den ersten Studententumulten nahm Lenin aktiv teil. 1887 wurde er verhaftet, vom Studium suspendiert und verbannt. So erhielt der Siebzehnjährige die Feuer-taufe als Revolutionär. Seit jener Zeit widmete Lenin sein ganzes Leben dem Kampf gegen Autokratie und Kapitalismus, der Sache der Befreiung der Werktätigen vom Joch der Unterdrückung und der Ausbeutung.

1890 erhielt Lenin die Genehmigung, die akademische Prüfung für die juristische Fakultät an der Universität Petersburg abzulegen, die er 1891 glänzend bestand. Er wurde Rechtsanwalt am Bezirksgericht von Samara. Im Dezember 1895 verhaftete die zaristische Regierung erneut Lenin und seine engsten Mitkämpfer aus dem „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Während der drei Jahre Verbannung schrieb er viel und

behandelte seine bedeutende wissenschaftliche Arbeit „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“, worin er das Programm und die Taktik der künftigen revolutionären Partei entwickelte. Nach seiner Rückkehr aus der Verbannung widmete sich Lenin vollständig der sozialistischen Parteilarbeit. Auf dem Parteitag 1903 führte er die revolutionäre Richtung. Im Verlaufe der Diskussionen bildeten sich zwei Gruppen: die Mehrheit (Bolschewiki) mit Lenin an der Spitze als Vertreter des revolutionären Marxismus; die „Menschewiki“ (Minderheitler) als Vertreter des Opportunismus und des Kompromißfertums mit dem Bürgertum.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges überraschte Lenin in Oesterreich. Mit großen Schwierigkeiten gelang es ihm, nach der Schweiz zu übersiedeln. Vom ersten Kriegstage an erklärte Lenin den imperialistischen Eroberungscharakter und gab die Lösung der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ aus. Unermüdet entlarvte er den Verrat der Sozialchauvinisten und der „Verteidiger“ innerhalb der II. Internationale. Damals schrieb er das Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Juni 1916).

Im Februar 1917 brach in Rußland die bürgerlich-demokratische Revolution aus. Das Volk stürzte die zaristische Autokratie. Die Macht gelang in die Hände der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Daneben existierte der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Jene war das Organ der Bourgeoisie, dieser dagegen das Organ der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Am 16. April 1917 traf Lenin in Petrograd ein. Tausende von Arbeitern ludeten ihn begeistert zu. Seine erste Ansprache an die Arbeiter und

Soldaten schloß Lenin mit dem Ruf: „Es lebe die Sozialistische Revolution!“ Lenin wurde zum Vorsitzenden der ersten Sowjetregierung, des Rates der Volkskommissare, gewählt. Seit Beginn der Oktoberrevolution machte er zur Hauptaufgabe den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau des Landes und die Stärkung seiner Verteidigung. Lenin wies dem Sowjetvolke den Weg zum Wiederaufbau Rußlands. Er zeigte, daß es ohne die Schaffung einer gewaltigen Industrie unmöglich sein werde, die Einigung der Arbeiter und Bauern zu stärken, die die wichtigste politische Grundlage des Sowjetstaates ist, daß es ohne sie unmöglich sein würde, die alte Rückständigkeit Rußlands zu überwinden, der Armut und dem Hunger auf dem Lande ein Ende zu bereiten, die zerstreuten Bauernwirtschaften zu großen Kollektiven zusammenzufassen und ein kulturelles und blühendes Leben aufzubauen. Am 21. Januar 1924 starb Lenin in Gorki bei Moskau nach einer langen, schweren Krankheit.

Die große Gestalt eines Politikers vom leninischen Typus wurde von Stalin einmal so gekennzeichnet:

Das Volk muß von seinen Deputierten fordern, daß sie auf dem Posten von Politikern leninischen Typus bleiben;

daß sie Politiker von ebensolcher Klarheit und Bestimmtheit seien, wie Lenin es war;

daß sie ebenso furchtlos im Kampfe und ebenso schonungslos gegen Feinde des Volkes seien, wie Lenin es war;

daß sie frei von jeder Panik seien, von jeder Spur einer Panik, wenn die Lage sich kompliziert und am Horizont sich irgendeine Gefahr abzeichnet, wie Lenin davon frei war;

daß sie bei der Entscheidung komplizierter Fragen, wo allseitige Orientierung und allseitige Erwägung eines jeden Für und Wider

